

Gabriela König MdL

Abgeordnete der FDP im Niedersächsischen Landtag
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Gabriela König MdL, Hasemauer 8, 49074 Osnabrück



Kontakt:

FDP-Fraktion im Nds. Landtag
Hannah-Ahrendt-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511 – 3030 - 3413
Telefax 0511 – 3030 - 4863
E-Mail: Gabriela.Koenig@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro Osnabrück
Telefon 0541 – 2027644
Telefax 0541 – 2026832
E-Mail: info@gabriela-koenig.de

CO2-Reduktion, weniger Lärm und Vision Zero mit Tempo 30 - Modellversuche ermöglichen

Rede vom 08. März 2016, 91. Sitzung, Tagesordnungspunkt 10
Erste Beratung

Den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen können Sie in der Drucksache [17/5285](#) nachlesen.

Weitere Redner waren:

Susanne Menge (GRÜNE), Gerd Ludwig Will (SPD), Jörg Bode (FDP), Karsten Heineking (CDU) und Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Auszug aus dem Stenografischen Bericht der 17. Wahlperiode

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

[...] Das Wort hat jetzt die Kollegin Gabriela König, FDP-Fraktion.

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich diesen Antrag gelesen habe, habe ich erst gedacht: Na, wunderbar, über eine Seite lang und nur das, was es alles schon gibt. Ich habe mich gefragt: Was brauchen wir denn jetzt eigentlich noch? Bislang hatte ich das Gefühl, es ist alles schon abgedeckt.

Aber dann habe ich mir noch einmal die Überschrift durchgelesen:

CO2-Reduzierung - machen wir dauernd, müssen wir messen, müssen wir auch erreichen.

Weniger Lärm - okay, da haben wir auch schon einiges getan, da wird auch mit Asphalt und anderen Sachen gearbeitet, da wird mit Baumaßnahmen gearbeitet.

Und dann: Modellversuche, begleitet mit Runden Tischen.

(Zuruf von Christian Dürr [FDP])

Da habe ich gedacht: Oh, schon wieder Runde Tische! Alles kreist mittlerweile um Runde Tische, dass es einem schwindelig werden kann.

Frau Menge, Sie haben gesagt - das interessiert mich ganz besonders -, dass es bereits Modellversuche gibt, die fast schon zu Ende geführt worden sind,

(Christian Dürr [FDP]: Aha!)

dass man nur noch auf die Auswertung wartet. Da frage ich mich: Was hat das dann in diesem Antrag zu suchen?

(Beifall bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Alles nur Gerede!)

Ich verstehe das, ehrlich gesagt, nicht. Ich vermute allerdings - und das sehe ich sehr skeptisch -, dass Sie über die Köpfe der Kommunen hinweg die Innenstädte dann doch mit Tempo 30-Zonen zupflastern wollen, auch wenn diese das gar nicht wollen.

(Jörg Bode [FDP]: Genau!)

Ich bin schon der Meinung, dass man an Krankenhäusern, an Kindergärten, an Alten- und Pflegeheimen, an Schulen - auch an Hauptverkehrsstraßen - eine verkehrsberuhigte Zone einrichtet und damit auch Tempo-30-Zonen schafft. Diese Möglichkeit gibt es bereits, das ist auch nicht das Problem. Das haben wir heute schon, und das haben wir u. a. der FDP in Schleswig-Holstein zu verdanken,

(Christian Dürr [FDP]: Richtig!)

die nämlich einen Antrag eingebracht hat, der aus einem einzigen Satz besteht, der sechs Zeilen umfasst. Die FDP in Schleswig-Holstein will, dass das im Prinzip wesentlich schneller und effektiver geht, unbürokratischer.

Genau das wird jetzt auch vom Bund in die neue Straßenverkehrsordnung aufgenommen. Da gehört es meiner Ansicht nach auch hin. Denn die Kommunen können doch am besten beurteilen, was in ihrem eigenen Bereich über die Straßenverkehrsordnung umgesetzt werden kann. Deshalb möchte ich es auch bei den Kommunen belassen

(Christian Dürr [FDP]: Richtig!)

und es ihnen nicht durch Beschluss des Landtags von oben aufdrücken.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von Björn Thümler [CDU])

Genau das müssen wir bei diesem Antrag berücksichtigen; denn da steht von den Kommunen so gut wie gar nichts drin. Es gibt nur einen kleinen Hinweis darauf, aber ansonsten geht es nur um die EU, den Bund und das Land. Das ist für mich einfach zu wenig, und da liegt das Problem, das wir behandeln müssen.

Ich möchte auf gar keinen Fall, dass Sie den Bürgern demnächst auch noch sagen, an welchen Stellen Sie Tempo 30 haben wollen, und dass Sie den Städten von vorn bis hinten vorschreiben, wo Tempo-30-Zonen eingerichtet werden müssen. Das brauchen wir nicht.

Ich bin der Meinung, dass wir da ansetzen können. Vielleicht finden wir da ja auch zu einer gewissen Gemeinsamkeit. Die unbürokratische, schnelle Umsetzung von Tempo-30-Zonen ist in Ordnung - das finde ich ganz passabel -, und das sollten wir auch weiterverfolgen. Uns aber über die EU-Richtlinie hinwegzusetzen und dann vom Bund noch mehr zu verlangen, und das Land setzt dann noch ein i-Tüpfelchen darauf, das ist ein bisschen zu viel. Da sollten wir weniger fordern - so, dass unsere Kommunen damit auch noch klarkommen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Kollegin König. - Das Wort für eine Kurzintervention hat jetzt Frau Kollegin Menge für 90 Sekunden.

Susanne Menge (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau König, der Kern eines Modellversuchs ist, dass Kommunen Modelle ausarbeiten, wie sie ihre Mobilität zukunftsfähig erhalten. Tempo 30, habe ich gesagt, ist ein Baustein. Und ich habe auch gesagt, dass die Kommunen am besten beurteilen können, wie sie das in die Realität umsetzen.

In der Tat haben wir mit der geltenden StVO überhaupt keine Möglichkeit, die Mobilität so zu gestalten - auch auf den Hauptverkehrsstraßen oder auf Landesstraßen -, wie wir uns das vielleicht wünschen. Dazu gehört weiß Gott mehr, und es gehören auch andere Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer dazu, um Mobilität als Ganzes und Vernetztes zu gestalten. Darum geht es: den Kommunen diese Freiheit zu geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau König möchte erwidern. Bitte schön, für maximal 90 Sekunden!

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Frau Menge, genau das war ja das Anliegen, das ich versucht habe an Sie heranzutragen. Es gibt viel mehr als nur diese Tempo-30-Zonen. Das müssen die Kommunen beurteilen, aber das steht in dem Antrag leider nicht drin. Die Meinung der Kommunen ist bei Ihnen nicht von Relevanz. Daran müssen wir arbeiten; denn wir können nicht alles von oben herab machen.

Und dann nehmen Sie ja auch noch die Unfallsituation auf. Da müssen wir auch ganz vorsichtig sein und ganz dezidiert vorgehen. Das hat nicht nur etwas mit Tempo 30 oder 50 zu tun. Die meisten Unfälle in den Städten passieren aufgrund von Problemen beim Abbiegen, Stichwort toter Winkel, durch das Nichtbeachten von Rot oder durch einen nicht vernünftig vollzogenen Fahrspurwechsel; ich könnte noch zig andere Sachen aufzählen.

Von daher müssen wir das alles in einem Kontext sehen und nicht einfach so, wie es in diesem Antrag steht. Der bringt uns nicht weiter.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch von Susanne Menge [GRÜNE])

Am Ende der Beratung erfolgte eine Ausschussüberweisung

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

[...] Wir kommen zur Ausschussüberweisung. Der Kollege Will hat angeregt, auch den Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz mit diesem Antrag mitberatend zu befassen. Die Federführung liegt beim Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. Ich frage, ob das Plenum damit einverstanden ist, dass das gleich festgelegt wird. Sonst kann das der federführende Ausschuss machen. - Dem wird nicht widersprochen. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen, die Ausschussüberweisung so zu beschließen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist mit der ausreichenden Mehrheit beschlossen.